



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 21/18 • 24.05.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Bei der Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel am 16./17. Mai 2018 in Brüssel stand die Debatte über die Auswirkungen des mehrjährigen Finanzrahmens auf die Städte und Regionen im Fokus: Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, erörterte die zu Beginn des Monats erschienenen Vorschläge für den EU-Haushalt der Jahre 2021 bis 2027. In der anschließenden Diskussion unterstrich Staatssekretär Dr. Michael Schneider, dass die Vorschläge eine gute Basis für die weitere Diskussion seien. Der Ausschuss der Regionen werde sich mit großer Entschlossenheit in der laufenden Debatte für die Belange der Regionen einsetzen.

In der nächsten Woche werden die Vorschläge der Europäischen Kommission für die Ausgestaltung der Finanzierung der verschiedenen Politikbereiche erwartet, die für die Regionen ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung der Förderperiode nach 2020 sind.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
Vertretung bei der  
Europäischen Union





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission – Neue Initiativen für Jugend, Bildung und Kultur	
• Europäische Kommission – Vorschläge für ein modernes EU-Verkehrssystem	
• Europäische Kommission – Digitalisierung in der EU	
• Europäische Kommission – Klage gegen Deutschland und fünf weitere Mitgliedsstaaten wegen Luftverschmutzung	
• Ausschuss der Regionen – 129. Plenartagung	
• Rat - Mandat für Handelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland	
• EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>11</b>
• Bildung von Kindern in humanitären Notsituationen - EU stockt Unterstützung weiter auf	
• Öffentliche Konsultation - Meinungen zum Vorgehen gegen illegale Online-Inhalte gefragt	
• Broschüre informiert über Rechte von Busreisenden in der EU	
• Probleme bei Reisen in Drittstaaten - Im Notfall helfen die Konsulate aller Mitgliedstaaten	
• Schutz der EU-Außengrenzen - Visa-Informationssystem soll modernisiert werden	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>14</b>
• Veranstaltungsbericht „We will block you“	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>15</b>
• KOM - „Connecting Europe“ Verkehr	
• EPSO – Rechts- und Sprachsachverständige	
• EU -Preise für Kulturerbe - Bürgerinnen und Bürger können über Publikumspreis abstimmen	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>17</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>20</b>
• Tipp – UNESCO-Welterbetag	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>23</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>24</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission – Neue Initiativen für Jugend, Bildung und Kultur

Die Europäische Kommission hat am 22. Mai mehrere Initiativen zu Lernmobilität, stärkerer Beteiligung junger Menschen, frühkindlicher Bildung, Fremdsprachenerwerb und Kultur vorgestellt. Damit will die Kommission die Bildungsmöglichkeiten in der EU verbessern und junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten stärken, damit sie sich aktiver in das demokratische Leben einbringen können. Auch das Potenzial der Kultur soll stärker für den sozialen Fortschritt genutzt werden. Laut Umfragen wünschen sich die Europäerinnen und Europäer mehr Unterstützung und Austausch bei der Aus- und Weiterbildung.

So sind mehr als 90 Prozent der Befragten in allen EU-Ländern der Ansicht, dass Studierende die Möglichkeit erhalten sollten, mit Menschen aus anderen Ländern in Netzwerken europäischer Hochschulen an Innovationsprojekten zusammenzuarbeiten. 84 Prozent der befragten jungen Menschen gaben außerdem an, dass sie ihre Kenntnisse in einer bereits erlernten Fremdsprache gerne verbessern würden und 77 Prozent würden gerne eine neue Fremdsprache lernen. Das ergab eine ebenfalls vorgestellte [Eurobarometer-Umfrage](#) zur Einrichtung eines europäischen Bildungsraums bis 2025.

Vorgestellt wurden:

- eine übergeordnete Mitteilung „Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik“, in der die Kommission darlegt, wie sie die Göteborg-Agenda und den Auftrag des Europäischen Rates umzusetzen gedenkt;
- eine Jugendstrategie für den Zeitraum 2019-2027, die die Teilhabe junger Menschen in Europa verstärken und ihnen bei der Politikgestaltung auf EU-Ebene mehr Gehör verschaffen soll und die die Bedeutung widerspiegelt, die die Kommission Investitionen in junge Menschen und ihre Zukunft beimisst;
- Vorschläge für Empfehlungen des Rates zu Systemen für hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung, die die Grundlage für spätere Erfolge im Leben bilden, zur automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen sowie der im Ausland erzielten Ergebnisse von Lernzeiten, die die Lernmobilität fördern soll, und zur Verbesserung des Lehrens und Lernens von Sprachen, um dafür zu sorgen, dass mehr junge Menschen Fremdsprachen beherrschen;
- eine neue Agenda für Kultur, die dazu beitragen soll, das Bewusstsein für Europas gemeinsames, vielfältiges Kulturerbe zu schärfen. Sie soll das volle Potenzial der Kultur nutzen, um ein inklusiveres und gerechteres Europa zu schaffen, indem sie Innovation, Kreativität, dauerhafte Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum fördert und die Außenbeziehungen der EU stärkt.

Die Kommission wird die Arbeiten am europäischen Bildungsraum gemeinsam mit den Mitgliedstaaten intensivieren. In diesem Zusammenhang ist Folgendes geplant:

- noch im Mai 2018 Vorschlag eines Nachfolgeprogramms für Erasmus+, das dem wachsenden Konsens über die Notwendigkeit einer stärkeren Mobilität, insbesondere von Schülerinnen/Schülern, Lernenden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und Auszubildenden, Rechnung trägt und das Programm inklusiver und zugänglicher macht;



- Ausschöpfung des bestehenden Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung für den Austausch fundierter empirischer Daten, Benchmarking und das Lernen voneinander. Da dieser Rahmen 2020 ausläuft, konsultiert die Kommission derzeit Entscheidungs- und Interessenträger zwecks Erarbeitung von Vorschlägen für einen neuen Rahmen für die EU-Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung. Dieser Rahmen wird als Instrument dienen, um Prioritäten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zu setzen und die Ausrichtung von EU-Fördermitteln auf die Prioritäten der EU und der Mitgliedstaaten zu optimieren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Ein stärkeres Europa: neue Initiativen in den Bereichen Jugend, Bildung und Kultur [Link](#)

## Europäische Kommission – Vorschläge für ein modernes EU-Verkehrssystem



Die Zahl der Unfallopfer senken, den Straßenverkehr umweltfreundlicher machen und Europas Autohersteller für die digitale Zukunft rüsten: Diese drei Ziele will die EU-Kommission mit einem ganzen Bündel von Gesetzesvorschlägen und Initiativen erreichen, das sie am 17. Mai in Brüssel vorgestellt hat. Dabei schlägt die Kommission erstmals CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge vor. Im Jahr 2025 müssen die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen neuer Lastkraftwagen demnach 15 Prozent niedriger sein als im Jahr 2019. Für 2030 wird als Richtwert eine Verringerung um mindestens 30 Prozent im Vergleich zu 2019 vorgeschlagen.

Es handelt sich um den letzten Baustein der Kommissionsstrategie zur Modernisierung des Verkehrssektors. Damit soll ein wichtiger Beitrag zum von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ausgegebenen Ziel geleistet werden, die EU-Industrie weltweit führend bei Innovation, Digitalisierung und Abkehr von fossiler Energie zu machen.

Mit den aktuellen Initiativen will die Kommission für einen reibungslosen Übergang zu einem Mobilitätssystem sorgen, das sicher, umweltfreundlich sowie vernetzt und automatisiert ist. Mit diesen Maßnahmen wird die Kommission außerdem ein Umfeld schaffen, das es den EU-Unternehmen ermöglicht, die besten, umweltfreundlichsten und wettbewerbsfähigsten Produkte herzustellen.

Darüber hinaus soll das Umfeld für den Informationsaustausch im Güterverkehr ein vollständig digitalisiert werden. So soll der Verwaltungsaufwand sinken und der digitalen Informationsfluss bei Logistikvorgängen leichter werden. • *eag Quelle: PM KOM*

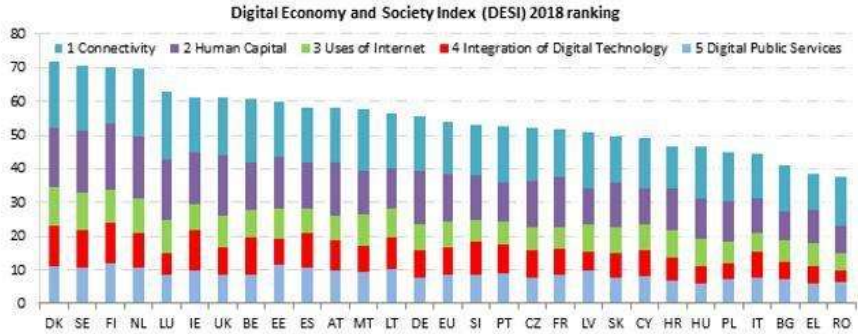
Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung mit Hintergrundinformationen [Link](#)



# Europäische Kommission – Digitalisierung in der EU

Wie gut oder schlecht die Digitalisierung in den einzelnen EU-Staaten voranschreitet, hat die EU-Kommission am 18. Mai in dem Digital Economy and Society Index (DESI) für 2018 veröffentlicht. Darin werden die digitale Konnektivität, digitale Fertigkeiten im Internet, Digitalisierung von Unternehmen und digitale öffentliche Dienste verglichen. Deutschland verharrt bei dem europäischen Vergleich im Mittelfeld auf Platz 14 der 28 Mitgliedstaaten.



Deutschland ist bei der Festnetzbreitbandnutzung und den diesbezüglichen Preisen gut aufgestellt. Die digitale Kluft zwischen Stadt und Land bezüglich der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist jedoch nach wie vor offensichtlich, und der Anteil der Glasfaseranschlüsse ist im ganzen Land sehr niedrig. Die Deutschen verfügen über gute digitale Kompetenzen (Rang 7), aber der Fachkräftemangel im IKT-Bereich könnte das Entwicklungspotenzial der deutschen Wirtschaft ausbremsen.

Beim Online-Einkauf sind die Deutschen besonders aktiv und deutsche Unternehmen nutzen die Möglichkeiten des Internet-Handels. Den größten digitalen Nachholbedarf gibt es bei der Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern. Nur 19 Prozent der Bevölkerung nutzen elektronische Behördendienste. Damit liegt Deutschland unter den Mitgliedstaaten auf Platz 23.

Insgesamt schreitet die Digitalisierung in der EU voran, es reicht nach wie vor nicht aus, um den Anschluss an die Weltspitze zu finden und die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern.

Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande erreichten die höchsten Bewertungen im DESI 2018 und gehören zu den weltweit führenden Ländern im Bereich der Digitalisierung. Es folgen Luxemburg, Irland, das Vereinigte Königreich, Belgien und Estland. Irland, Zypern und Spanien haben sich in den letzten vier Jahren am stärksten entwickelt (um mehr als 15 Punkte).

• *eag* Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:  
Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)  
Fakten und Zahlen zu Deutschland [Link](#)



## Europäische Kommission – Klage gegen Deutschland und fünf weitere Mitgliedsstaaten wegen Luftverschmutzung

Die Kommission hat am 17. Mai beim Gerichtshof der Europäischen Union Klage gegen Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Rumänien und das Vereinigte Königreich eingereicht, weil die vereinbarten Grenzwerte für die Luftqualität nicht eingehalten werden und in der Vergangenheit keine geeigneten Maßnahmen ergriffen wurden. Die Kommission bietet zudem den Akteuren auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene praktische Hilfe zur Verbesserung der Luftqualität. Darüber hinaus übermittelt die Kommission zusätzliche Aufforderungsschreiben an Deutschland, Italien, Luxemburg und das Vereinigte Königreich, da diese Länder die EU-Vorschriften für die Typgenehmigung von Fahrzeugen missachten.



Die sechs Mitgliedstaaten haben – so die Kommission – keine geeigneten Maßnahmen ergriffen, um die Zeiträume, in denen die Grenzwerte überschritten werden, so kurz wie möglich zu halten. In Deutschland wurden die Grenzwerte in 26 Gebieten überstiegen, besonders betroffen sind die Großstädte Berlin, München, Hamburg, Köln, Stuttgart und Düsseldorf.

Die Luftqualität in der Europäischen Union hat sich in den letzten Jahrzehnten insgesamt verbessert, oftmals dank gemeinsamer Anstrengungen der Behörden auf EU-Ebene und der nationalen, regionalen und lokalen Behörden. Dennoch ist die Lebensqualität vieler EU-Bürgerinnen und -Bürger nach wie vor in unannehmbare Weise beeinträchtigt. Chronische und schwere Krankheiten wie Asthma, Herz-Kreislauf-Probleme und Lungenkrebs sind oftmals unmittelbar auf Luftverschmutzung zurückzuführen.

7

Die beschlossenen Klagen vor dem Gerichtshof betreffen die Überschreitung von Luftqualitätsnormen.

In allen Fällen, in denen die in den EU-Rechtsvorschriften über die Luftqualität ([Richtlinie 2008/50/EG](#)) festgelegten Grenzwerte überschritten werden, müssen die Mitgliedstaaten Luftqualitätspläne verabschieden und sicherstellen, dass diese Pläne geeignete Maßnahmen enthalten, durch die der Zeitraum, in dem die Grenzwerte überschritten werden, so kurz wie möglich gehalten werden kann. Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip haben die Mitgliedstaaten nach EU-Recht die Wahl, wie sie die Einhaltung der Grenzwerte erreichen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Mitteilung „Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle“ [Link](#)

Factsheet [Link](#)

Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, Luxemburg und das Vereinigte Königreich wegen Missachtung der EU-Vorschriften für die Typgenehmigung von Autos [Link](#)

Die wichtigsten Beschlüsse zu Vertragsverletzungsverfahren im Mai 2018 [Link](#)

Schritte im Vertragsverletzungsverfahren [Link](#)



## Ausschuss der Regionen – 129. Plenartagung

Am 16./17. Mai 2018 fand in Brüssel die 129. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Charlemagne-Gebäude der Europäischen Kommission statt.

Eröffnet wurde das Plenum mit einer Debatte über die Auswirkungen des mehrjährigen Finanzrahmens auf die Städte und Regionen. Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, erörterte die zu Beginn des Monats erschienenen Vorschläge für den EU-Haushalt der Jahre 2021-2027. Dabei stellte er gleich zu Beginn dar, dass „die Kohäsionspolitik Zukunft hat, da sie wirkt“. Zudem seien die Städte und Regionen „am Nächsten bei den Bürgerinnen und Bürgern“ vor Ort. Zugleich verwies Oettinger jedoch auf neue und zusätzliche Aufgaben der EU in den Bereichen Forschung, Migration, Sicherheit und Verteidigung, die in den kommenden Jahren finanziert werden müssten. Die hierbei zu erwartende Brexit-Lücke bezeichnete er als „Game-Changer“ mit erheblichen Auswirkungen auf den Umfang und die Ausgestaltung der zukünftigen Programme. Entsprechend des vorgelegten Haushaltsentwurfs sollen die Kohäsionsprogramme 373 Mrd. EUR umfassen, was einer realen Kürzung um 6,2% und damit laut Oettinger einer „maßvollen Kürzung“ entspräche. Im Gegenzug erinnerte er daran, dass beispielsweise durch die angestrebte Verdoppelung von Erasmus+ europaweit Jugendliche und Kinder und somit auch die Städte und Regionen davon profitieren würden. Es gelte, so der EU-Kommissar, „bei den Berechnungen nicht nur die Strukturfonds im Blick zu haben“, sondern auch die zahlreichen anderen Programme auf lokaler und regionaler Ebene zu betrachten.



In der anschließenden Diskussion dankte Staatssekretär Dr. Michael Schneider Kommissar Oettinger dafür, dass dieser nur wenige Tage nach Veröffentlichung der Vorschläge hierzu mit den AdR-Mitgliedern eine Aussprache führe. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Vorstellungen in den Mitgliedstaaten an den künftigen EU-Haushalt sei es der Kommission gelungen, mit dem vorgelegten Entwurf eine gute Basis für die weitere Diskussion zu schaffen. Man sei jedoch, so Staatssekretär Schneider, aus Sicht des AdR unzufrieden über die vorgeschlagene Kürzung der Kohäsionsmittel, die sich unmittelbar vor Ort auf lokaler Ebene auswirkten. Für eine faire Gesamtbetrachtung sei es jedoch noch zu früh: So plädierte Staatssekretär Schneider auch eindrucksvoll dafür, dass neben







ausreichender Finanzmittel vereinfachtere und transparentere Regelungen mit Blick auf die Strukturfondsverordnungen Anwendung finden. Gemeinsam mit der Kohäsionsallianz (#CohesionAlliance) werde sich der AdR mit großer Entschlossenheit in der laufenden Debatte für diese Belange einsetzen, so Schneider.

Auf der Plenartagung standen insgesamt acht Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zur Innovation in den Regionen, zum Kulturerbe sowie zur Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur. Darüber hinaus wurde eine Entschließung zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU für die lokale Ebene gefasst. • *as*

Fotos: European Union / Fred Guerdin

## Rat - Mandat für Handelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 22. Mai bei ihrer Ratstagung für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel der EU-Kommission das Mandat für die Aufnahme von Handelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland erteilt. Damit können die formalen Handelsgespräche beginnen. Die Vorbereitungen für den Gesprächsbeginn sowie eine Folgenabschätzung für beide Abkommen wurden bereits abgeschlossen. Australien und Neuseeland sind wichtige Verbündete. Trotz der Entfernung ist der Handel zwischen der EU und diesen beiden Ländern vergleichbar wie der mit Mexiko oder Kanada. Die ersten Verhandlungsrunden sollen im Juli in Brüssel stattfinden.



Die EU-Minister haben bei ihrer Tagung auch Schlussfolgerungen über den neuen Aufbau und die Verhandlungsmethode für EU-Handelsabkommen angenommen. Dabei geht es insbesondere darum, die Handelsbestimmungen in Bezug auf Investitionen von anderen Bereichen zu trennen und in separaten Abkommen zu behandeln. Der neue Ansatz beruht in erster Linie auf dem Gutachten des Gerichtshofs über die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten in Bezug auf den Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Singapur. Darin hat der Gerichtshof festgestellt, dass nur die Bestimmungen über andere ausländische Investitionen als Direktinvestitionen und die Regelung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten in die „geteilte Zuständigkeit“ fallen.

Die Entscheidung knüpft auch an Präsident Junckers Rede zur Lage der Union 2017 und an die Mitteilung der Kommission „Durch eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik die Globalisierung meistern“ an, in der hervorgehoben wird, dass gewährleistet werden muss, dass Verhandlungs- und Annahmeverfahren in der Handelspolitik legitim und inklusiv sind, und zwar unabhängig davon, ob der endgültige Annahmebeschluss nur auf EU-Ebene oder auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten getroffen wird.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Commission welcomes green light to start trade negotiations with Australia and New Zealand [Link](#)

Rat gibt grünes Licht für Handelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland [Link](#)

## EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 173 vom 22 Mai 2018 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*  
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Griechenland  70. Jahrestag der Vereinigung des Dodekanes mit Griechenland	Mitte 2018
	Griechenland  75. Todestag von Kostis Palamas	Mitte 2018



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### **Bildung von Kindern in humanitären Notsituationen - EU stockt Unterstützung weiter auf**

Von humanitären Krisen betroffene Kinder sollen innerhalb von drei Monaten wieder zur Schule gehen können. Um dies zu erreichen, sollen die humanitären Mittel für Bildung in Notsituationen und Krisen bis 2019 auf zehn Prozent des Gesamtbudgets der Europäischen Union für humanitäre Hilfe aufgestockt werden. Das hat die EU-Kommission in ihrer am 18. Mai vorgelegten neuen Strategie zu Bildung in Notsituation vorgeschlagen.

Ziel ist es, den Zugang zu Lernmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern, eine qualitativ hochwertige allgemeine und berufliche Bildung zu gewährleisten, sicherzustellen, dass Bildungsstätten vor Angriffen geschützt werden, und schnelle und innovative Bildungslösungen zu schaffen. Das größte jemals von der EU durchgeführte humanitäre Hilfsprogramm für Bildung in Notsituationen (84 Mio. Euro) ist derzeit das Programm „Conditional Cash Transfer for Education“, das an bestimmte Bedingungen geknüpfte Geldzuweisungen für Bildungsleistungen in der Türkei vorsieht und 290.000 Flüchtlingskindern den Schulbesuch ermöglichen soll.

Der aktuelle Vorschlag sieht vor, dass die EU ihre Instrumente der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit stärker miteinander verknüpft. Die Grundlage hierfür bildet der erhebliche Beitrag, den die EU-Entwicklungshilfe bereits für Bildungsprojekte in fragilen und von Krisen betroffenen Ländern und Regionen in der ganzen Welt leistet, u. a. durch die multilaterale Finanzierung globaler Initiativen wie der Globalen Partnerschaft für Bildung und „Education Cannot Wait“ (Bildung kann nicht warten). • *eag Quelle: PM KOM*

11

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Bildung in Notsituationen und anhaltenden Krisen: EU will Unterstützung aufstocken und Bildungsangebot verbessern [Link](#)

### **Öffentliche Konsultation - Meinungen zum Vorgehen gegen illegale Online-Inhalte gefragt**

Propaganda für Terrororganisationen, Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Material über sexuellen Missbrauch von Kindern, Urheberrechtsverletzungen oder der Vertrieb gefälschter Produkte untergraben das Vertrauen der Bürger in das Internet und bedrohen deren Sicherheit. Online-Plattformen und andere Internetanbieter haben freiwillig schon einiges getan, um die Sicherheit im Netz zu verbessern und die EU -Kommission hat das unterstützt, etwa durch das EU -Internetforum zu terroristischen Inhalten oder einen Verhaltenskodex zum Umgang mit Hetze. Die Plattformen sollten noch mehr tun, um illegale Inhalte schneller und effizienter aus dem Web zu entfernen, so die Kommission.

Welche Schritte sinnvoll wären, möchte die Kommission von der Branche und der interessierten Öffentlichkeit wissen. Dazu hat sie eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Bis zum 25. Juli



können sich alle Interessierten daran beteiligen und ihre Meinung sagen. Der Fragebogen ist im Internet abrufbar. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/18*

Zum Umgang mit illegalen Online-Inhalten [Link](#)

## Broschüre informiert über Rechte von Busreisenden in der EU

Die EU-Gesetzgeber haben nun auch die Rechte von Busreisenden in einer Fahrgastrechteverordnung EU-weit einheitlich geregelt. Darin ist etwa festgeschrieben, welche Entschädigungen gezahlt werden müssen, wenn sich der Bus erheblich verspätet, ausfällt, wenn das Gepäck verloren geht oder ein Unfall passiert. Uneingeschränkt gilt die Verordnung bei Strecken über 250 Kilometern Länge, wenn es sich um einen Linienverkehr mit festen Fahrplänen und Haltestellen handelt und sich Ankunfts- oder Abfahrtsort in einem EU-Land, Island, Norwegen oder Liechtenstein befinden.

Das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) hat eine Broschüre herausgegeben, in denen die Rechte der Buspassagiere erklärt werden. Etwa, wann ein Anspruch auf Hilfsleistungen wie Imbiss, Getränke, Hotelübernachtung oder kostenlose Beförderung zur Unterkunft besteht. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/18*



Zur Broschüre [Link](#)

12

## Probleme bei Reisen in Drittstaaten - Im Notfall helfen die Konsulate aller Mitgliedstaaten



EU-Bürger, die während einer Reise außerhalb der Europäischen Union EU dringend Schutz oder diplomatische Hilfe brauchen, können sich an Konsulate oder Botschaften aller Mitgliedstaaten wenden, wenn ihr Heimatland in dem Land keine Vertretung hat. Seit dem 1. Mai besteht ein Anspruch auf solchen konsularischen Beistand in jeder Auslandsvertretung außerhalb der EU. Die neuen Regeln legen auch fest, wie die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, damit auch Bürger aus nicht vertretenen EU-Ländern bei Krisen oder Naturkatastrophen Schutz bekommen.

Neben der Unterstützung in Krisenzeiten können die EU-Bürger die neue Richtlinie auch in den häufigeren Fällen in Anspruch nehmen, in denen konsularischer Schutz erforderlich ist, etwa bei schweren Krankheiten, bei Verhaftungen oder bei Verlust oder Diebstahl von Reisepässen im Ausland. Anträge auf Notfall-Reisedokumente machen mehr als 60 Prozent aller Fälle von konsularischer Unterstützung aus. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/18*

Konsularischer Schutz von EU-Bürgern [Link](#)



## Schutz der EU-Außengrenzen - Visa-Informationssystem soll modernisiert werden

Das Visa-Informationssystem der EU soll modernisiert werden, damit Antragsteller gründlicher überprüft und Informationslücken geschlossen werden können. Das hat die EU-Kommission am 16. Mai vorgeschlagen.

Die vorgeschlagene Modernisierung der VIS-Datenbank wird durch die folgenden Maßnahmen die innere Sicherheit erhöhen und das Grenzmanagement verbessern:

- Verstärkte Sicherheitskontrollen in allen Datenbanken
- Besserer Daten- und Informationsaustausch
- Effizientere Rückführungsverfahren
- Verstärkte Kapazitäten zur Verfolgung und Verhütung von Straftaten

Das Visa-Informationssystem (VIS) ist eine EU-Datenbank, die die Grenzschutzbeamten an den Außengrenzen der EU mit den Konsulaten der Mitgliedstaaten in der ganzen Welt verbindet. Sie liefert den Visumbehörden die wichtigsten Informationen über Personen, die Schengen-Visa für Kurzaufenthalte beantragen, und ermöglicht es Grenzschutzbeamten, Reisende zu erkennen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen können. Mit dem heutigen Vorschlag wird – insbesondere durch die Aufnahme von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und von Aufenthaltstiteln in das System – unter vollständiger Einhaltung der Datenschutzvorschriften der Anwendungsbereich des VIS ausgeweitet, um sicherzustellen, dass diese Behörden jederzeit über die erforderlichen Informationen verfügen. Der Vorschlag stellt den zweiten Schritt der Reform der gemeinsamen Visumpolitik der EU dar und folgt den von der Kommission im März 2018 vorgestellten Änderungen des Visakodexes.

13

Die Agentur eu-LISA wird für die Entwicklung und Verwaltung der modernisierten VIS-Datenbank zuständig sein. Als Abschluss der Reform der EU-Visumpolitik fordert die Kommission das Europäische Parlament und den Rat auf, mit ihren Gesetzgebungsprozessen so rasch wie möglich zu einem Ende zu kommen, um verbleibende Informationslücken zu schließen und die Einreise legal Reisender in die EU zu erleichtern. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: EU-Visumpolitik: Kommission modernisiert das Visa-Informationssystem zur besseren Sicherung der Außengrenzen der EU



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Veranstaltungsbericht „We will block you“

Seit die Europäische Kommission am 14. September 2016 einen Richtlinienentwurf über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (COM[2016], 593 final) veröffentlicht hat, wird kontrovers über die dort vorgeschlagenen „Uploadfilter“ diskutiert. Gemäß Art. 13 des Vorschlages sollen nämlich große Online-Plattformen wie YouTube verpflichtet werden, „wirksame Inhaltserkennungstechniken“ zu implementieren. Dadurch soll bereits das Hochladen urheberrechtsverletzender Inhalte durch die Nutzer verhindert werden.

Die Kontroverse um den Regelungsvorschlag nahm nun eine Podiumsdiskussion auf, die am 15. Mai im Rahmen der Europawoche in der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stattfand. Unter dem Motto „We will block you! – Uploadfilter zwischen digitaler Zensur und effektiver Durchsetzung von Urheberrechten“ diskutierten der Informatikprofessor Matthias Hagen (Halle), der YouTuber Tobias Meyer, der Referatsleiter Urheber- und Verlagsrecht im BMJV Matthias Schmid, der Urheberrechtsprofessor Malte Stieper (Halle) sowie Axel Voss, MdEP und Berichterstatter im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments zum genannten Richtlinienvorschlag. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sabine Overkämping, Referatsleiterin Europa- und Völkerrecht im Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, welches die Veranstaltung mit dem Lehrstuhl von Prof. Stieper und in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) organisierte.

Nach derzeitiger Rechtslage haften Plattformbetreiber wie YouTube für urheberrechtsverletzende Uploads ihrer User nur eingeschränkt. Lediglich nach einem Hinweis müssen sie solche Inhalte sperren und deren erneuten Upload verhindern. Eine allgemeine Prüfpflicht besteht hingegen nicht. Diese für die Online-Plattformen vorteilhafte Haftungsregelung erklärte Matthias Schmid damit, dass in den Anfangstagen des World Wide Web deren erst entstehenden Geschäftsmodelle nicht durch strenge Haftungsbestimmungen im Keim erstickt werden sollten. Inzwischen sei es aber angemessen, strengere Regelungen zu etablieren. Er und Axel Voss waren sich dabei zumindest im Grundsatz einig, dass die vorgeschlagene Regelung ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der Rechteinhaber und der Online-Plattformen sei.

Prof. Stieper gab dagegen zu bedenken, dass die in Frage stehenden Regelungen für die betroffenen Unternehmen Anreize setzten, im Zweifel mehr zu filtern als nötig. Es bestünde daher die Gefahr, dass sie auch Uploads der User verhinderten, bei denen Werke auf erlaubte Art genutzt werden, etwa parodistische oder sog. „freie Benutzungen“, bei denen ein Werk auf kreative Art stark verändert wird. Bei solchen Nutzungen seien Uploadfilter allerdings überfordert, betonte Prof. Hagen. Diese könnten aus technischer Sicht in den nächsten Jahren allenfalls Werknutzungen in unveränderter Form erkennen. YouTuber Tobias Meyer beklagte zudem, dass die Filtermechanismen der Plattform bereits jetzt zu ungerechtfertigten Sperrungen von Inhalten führen würden.

Auf die Probleme angesprochen, resümierte MdEP Axel Voss, dass es keine perfekte Lösung gebe. Den Schwierigkeiten müsse daher nach dem Prinzip „trial and error“ begegnet werden. Ob der Versuch allerdings in der Verpflichtung zur Implementierung von Uploadfiltern bestehen sollte, bleibt vorerst nicht nur zwischen Rat, Kommission und Parlament, sondern auch zwischen den Teilnehmern der gut besuchten Podiumsdiskussion umstritten.

• *Gastartikel Moritz Finke, Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Malte Stieper, MLU Halle*



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Mehrjahresarbeitsprogramms für die finanzielle Unterstützung im Bereich Verkehr der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) für den Zeitraum 2014-2020 (Durchführungsbeschluss C(2018) 2226 der Kommission vom 19. April 2018 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses C(2014) 1921)
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 170 vom 17. Mai 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>24. Oktober 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann hier abgerufen werden: <a href="https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-transport/apply-funding/2018-cef-transport-call-proposals">https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-transport/apply-funding/2018-cef-transport-call-proposals</a> .

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung allgemeiner Auswahlverfahren Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>• EPSO/AD/358/18 — RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGE (m/w) (AD 7) FÜR DIE DEUTSCHE SPRACHE (DE)</li> <li>• EPSO/AD/359/18 — RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGE (m/w) (AD 7) FÜR DIE NIEDERLÄNDISCHE SPRACHE (NL)</li> </ul> Dienstort ist der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Die Tätigkeit umfasst die Übersetzung von Rechtstexten aus mindestens zwei EU-Amtssprachen in die Sprache des Auswahlverfahrens, sowie die Durchführung rechtlicher Analysen.
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 170 vom 17. Mai 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170:FULL&amp;from=DE</a> C 170 A vom 17. Mai 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170A:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:170A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>19. Juni 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: <a href="https://epso.europa.eu/">https://epso.europa.eu/</a> und hier: <a href="https://epso.europa.eu/content/dutch-and-german-lawyer-linguists_de">https://epso.europa.eu/content/dutch-and-german-lawyer-linguists_de</a> Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website <a href="http://jobs.eu-careers.eu">http://jobs.eu-careers.eu</a>



## EU-Preise für Kulturerbe - Bürgerinnen und Bürger können über Publikumspreis abstimmen

29 Projekte aus 17 Ländern bekommen in diesem Jahr den von der EU - Kommission ins Leben gerufenen EU-Preis für Kulturerbe/ Europa Nostra Award. Unter den Gewinnern sind drei Denkmalschutzprojekte aus Deutschland. Einmal geht es um die Restaurierung des Sanatoriums Dr. Barner in Braunlage, das als eines der bedeutendsten Jugendstilgebäude in Deutschland gilt. Ebenfalls prämiert wird die Restaurierung des königlichen Weinbergs im Schloss Sanssouci-Ensemble in Potsdam. Mit CultLab3D aus Darmstadt wird die weltweit erste Scanstraße für die Massendigitalisierung von dreidimensionalen Artefakten, etwa in Museen, ausgezeichnet. Innerhalb von Minuten können hier Skulpturen, Büsten, zoologische und archäologische Überlieferungen eingescannt werden. EU-Bürger können nun online darüber abstimmen, welcher der 29 Preisträger den Publikumspreis bekommen soll. Die Preisverleihung findet am 22. Juni beim ersten Europäischen Kulturerbe-Gipfel in Berlin statt.



• *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/18*

Zum Europäischen Kulturerbepreis [Link](#)

## MA EUROPEAN STUDIES - European Policy Analysis

Liebe MA-Interessierte,

Der MA EUROPEAN STUDIES - European Policy Analysis wird ab Herbst 2018 NEU an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg angeboten. Er richtet sich an BA-AbsolventInnen aus den Sozial-, Wirtschafts- und/oder Kulturwissenschaften, die mehr über die Gestaltung von Politik in Europa lernen und in diesem Bereich einmal arbeiten sowie theoretische mit angewandten Studieninhalten verbinden möchten.

Der Schwerpunkt liegt auf Politikgestaltungsprozessen der Europäischen Union aus politischer, soziologischer und ökonomischer bzw. in kultureller/kommunikativer Perspektive. Der Schwerpunkt auf Policy Analyse verbindet akademisches Wissen mit praxis- und gruppenbasierter Projektarbeit und qualifiziert so für Berufe in der Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder dem dritten Sektor im In- und Ausland.

Studierende wählen entweder den Schwerpunkt:

**European Social and Economic Policy Analysis** (teaching language: English)

oder

**European Social and Cultural Policy Analysis** (Lehrsprachen Deutsch & Englisch)

Bewerbungsschluss für einen Studienbeginn im Wintersemester 2018 ist der 15. Juli 2018.

Nähere Informationen und Bewerbungsvoraussetzungen:

<http://www.eurostud.ovgu.de/Studieninteressierte/Masterstudiengang+EuS.html>

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!

Dein OVGU European Studies Team

• *eag Quelle: Rundmail ean Sachsen-Anhalt*





# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
<b>Marie Sklodowska-Curie Maßnahmen</b>  UK	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p><b>MSCA-ITN-2018: UK University is seeking companies/universities working in healthcare/neuroscience for human-centric internet of skins technologies bid to join innovative training network</b></p> <p>They are specifically looking for companies working with skin sensors/implants, healthcare software and/or IoT &amp; brain/cognitive training to contribute their expertise and collaborate via research cooperation agreement. They also seek universities working in neuroscience from Germany/France/Spain/Italy.</p> <p>Further information:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/151fe39d-2531-4259-8743-ecd54ec6b457">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/151fe39d-2531-4259-8743-ecd54ec6b457</a></p> <p>Referenznummer: RDUK20180418001</p>
<b>Eurostars 2</b>  Südkorea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p><b>A Korean company is looking for a partner to develop and commercialize an innovative microorganism for removing the odor of livestock waste, making natural manure and feed.</b></p> <p>A Korean company, with its innovative technology of utilizing microorganisms, found a way to instantly remove odor from livestock manure from pigs, cows and chickens, and to create high-quality biological /natural fertilizer and feed. They would like to conduct a joint R&amp;D project for Eurostars 2 in September 2018 with</p>



		<p>companies interested in husbandry and makers of fertilizer / feed products on further developing the product and enter the European market, preferably the German market.</p> <p>Further information: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/bc02005b-c7d3-4d43-a2bf-68f785bb5442">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/bc02005b-c7d3-4d43-a2bf-68f785bb5442</a></p> <p>Referenznummer: RDKR20180419001</p>
<p><b>Gesuch für geschäftliche Zusammenarbeit -</b> Enterprise Europe Network Datenbank  Polen</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>Polish producer of outdoor lighting system seeks supplier of garden lighting made from stainless steel and/or aluminum via manufacturing agreement.</b> The company seeks the following products that are made from stainless steel, or aluminum: - Garden light garden lamps - Sconces - garden projectors - overrun fittings - other outdoor luminaires The polish company offers manufacturing agreement to a potential supplier of the above-mentioned products for a competitive price.</p> <p>Further information: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f8575ae7-2219-4077-94a9-bb75c9c59b15">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f8575ae7-2219-4077-94a9-bb75c9c59b15</a></p> <p>Referenznummer: BRPL20171229001</p>
<p><b>Gesuch für geschäftliche Zusammenarbeit -</b> Enterprise Europe Network Database  Spanien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>Manufacturing/service partner sought for products and services related to charging points of electric vehicles</b> A Spanish company working in the field of engineering, consultancy and advisory of energy efficiency and renewable energy is seeking a technology partner for products related to charging points of electric vehicles, like software platforms for energy management, supply products of charging points and accessories that could improve the performance of its operation. Hence, a</p>



		<p>manufacturing and/or service cooperation agreement is sought.</p> <p>Potential partners could be: manufacturer, software developer or consultancy in electricity and charging points. Specifically, the partner could be a producer, manufacturer, distributor of charging points and/or a integration consultancy with software and hardware solutions.</p> <p>Further information: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/eb738a93-1cfc-4892-80a8-cbe14aae92cd">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/eb738a93-1cfc-4892-80a8-cbe14aae92cd</a></p> <p>Referenznummer: BRES20180430001</p>
--	--	--



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tipp – UNESCO-Welterbetag

Immer am ersten Sonntag im Juni ist Welterbetag. Ob in Wörlitz oder in Dessau: Am 3. Juni 2018 lohnt sich ein Besuch der UNESCO-Welterbestätten in Sachsen-Anhalt ganz besonders.

Am Welterbetag gibt es eine Führung durch das [Bauhaus Dessau](#), die Meisterhäuser und die Siedlung Dessau-Törten, 10-17 Uhr, freier Eintritt. Im nächsten Jahr feiert das Bauhaus ein rundes Jubiläum: [100 Jahre Bauhaus](#).

In der [Lutherstadt Wittenberg](#) zählen seit 1996 das Lutherhaus, die Schlosskirche, die Stadtkirche St. Marien und das Melanchthonhaus zum Weltkulturerbe der Menschheit.

Seit dem Jahr 2000 gehört das [Gartenreich Dessau-Wörlitz](#) zum Welterbe. In der Begründung heißt es: "Das Gartenreich Dessau-Wörlitz ist ein herausragendes Beispiel für die Umsetzung philosophischer Prinzipien der Aufklärung in einer Landschaftsgestaltung, die Kunst, Erziehung und Wirtschaft harmonisch miteinander verbindet." Zum Welterbetag gibt es ein gesondertes Programm.



© IMG Sachsen-Anhalt, Schütze/Rodemann

Stiftskirche, Schloss und die Altstadt von [Quedlinburg](#) sind UNESCO-Weltkulturerbe. Im nächsten Jahr findet der Welterbetag zusammen mit dem 2. Sachsen-Anhalt-Tag in Quedlinburg statt.

INFO: [UNESCO-Welterbe](#): Der Verein UNESCO-Welterbestätten Deutschland sitzt in Quedlinburg.

• *Quelle: Newsletter „Neues aus Berlin 90/2018 Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund*

### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und



Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

1. Was ist das/ ein Eurobarometer?
  - a) Ein Standard-Messinstrument zur gemeinsamen Feststellung des mittleren Luftdrucks innerhalb der gesamten EU?
  - b) Die Einschätzung der Europäischen Zentralbank über die Entwicklung des Euro auf den weltweiten Finanzmärkten für einen Zeitraum von 6 Monaten.
  - c) Eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der EU.
  
2. Welches sind wichtige Ergebnisse des Eurobarometers vom Mai 2018?
  - a) Die Zustimmung zur EU erreicht einen Rekordwert und der „Spitzenkandidaten-Prozess“ für die Wahlen zum EU Parlament wird mehrheitlich von den Befragten unterstützt.
  - b) Laut der Umfrage zeigt sich die Bevölkerung Europas zufriedener mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land und in der EU
  - c) 30% der Befragten wissen, dass in einem Jahr Wahlen zum Europäischen Parlament sind und 50% interessieren sich für die EP-Wahlen.
  
3. Wieviel Prozent der deutschen Bevölkerung sagt laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage, dass die EU mehr Vorteile als Nachteile bringt?
  - a) 50%
  - b) 65%
  - c) 75%



Antworten:

1c) Die erste Umfrage mit Standardfragen wurde 1973 veröffentlicht. Seit 1978 dient diese repräsentative Umfrage der EU-Kommission der Beobachtung und Herausbildung der Meinungsentwicklung unter der europäischen Bevölkerung. Für jede halbjährliche Umfrage werden pro Mitgliedstaat etwa 1000 EU-Bürger im Alter ab 15 Jahren befragt, in Deutschland 2000 bzw. 1500 (getrennt nach alten und neuen Bundesländern), in Luxemburg 600 und im Vereinigten Königreich 1300, davon 300 in Nordirland. Seit Herbst 2004 führt in Deutschland die TNS Infratest Sozialforschung GmbH die Eurobarometer-Erhebungen standardmäßig jeweils im Frühling und im Herbst durch. Bei aktuellen Themen können auch spezielle Umfragen durchgeführt werden.

(Quelle: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>,  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Eurobarometer> )

2 a,b,c) Ein Jahr vor der Europawahl ist die Zustimmung der Europäer zur EU auf Rekordhoch. Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger gaben an, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Das geht aus dem "Eurobarometer" hervor, das am Mittwoch in Brüssel veröffentlicht wurde. Der Wert ist der höchste seit 1983. Zu Beginn der Euro-Finanzkrise im Jahr 2010 lag der Wert EU-weit noch deutlich niedriger. 53 Prozent der Menschen waren damals der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes vorteilhaft sei. Auch während der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 war die Zustimmung zur EU im Vergleich niedriger. Gut ein Drittel der Befragten (32 Prozent) weiß schon jetzt, dass die Europawahl im kommenden Frühjahr ansteht. Sie wird in den einzelnen EU-Staaten vom 23. bis zum 26. Mai 2018 stattfinden. 55% der Befragten äußern sich zufrieden über den Stand der Demokratie in ihrem Land und 46% über den in der EU. Das sind zwar Mehrheiten, jedoch noch viel Luft nach oben. (Quelle: dpa)

22

3 c) 75% der repräsentativ befragten Deutschen sehen mehr Vor- als Nachteile in der Mitgliedschaft ihres Landes bei der Europäischen Union. Die Meinungsforscher deuten in ihren erhobenen Zahlen, dass in ganz Europa eine Art „positive Trotzreaktion“ nach dem Ausstieg der Briten zu beobachten sei. (Quelle: dpa) Diese Ergebnisse zeigen deutlich, wie wichtig Öffentlichkeits- und Informationsarbeit ist und sind als Erfolg der Juncker-Kommission zu sehen. Auch wir von GOEUROPE! möchten zu einem positiven Image der Europäischen Union beitragen und leisten unseren Beitrag in der Verbreitung von Informationen über europäischen Programme wie z.B. Erasmus+, fördern die Transparenz europäischen Strukturen und Entscheidungsverfahren durch Workshops in Schulprojekttagen, bei Planspielen mit Jugendgruppen oder Beratungen in unseren Büro in Magdeburg, im EUROPE DIRECT Informationszentrum Halle oder mit Informationsständen und einer lebendigen Bibliothek auf vielen großen und kleinen Events in Sachsen-Anhalt. Kontaktieren Sie uns gern mit ihren Fragen oder Kooperationsideen.



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Elena Dominquez Hernando (EDH)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

